

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Frau Allamode  
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 24.04.2008

## **N i e d e r s c h r i f t**

der 17. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr

am Dienstag, dem 22.04.2008,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:03 - 21:00 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Frau Dorothe Küster **Ausschussvorsitzende**  
Frau Karen-Heide Bernard  
Herr Dr. Johannes Dittrich  
Herr Michael Oswald  
Frau Ute Wernert-Jahn

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Herr Wolfgang Bellof  
Frau Eva Janzen  
Frau Renate Schlotmann  
Herr Andreas Walldorf

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Herr Dr. Wolfgang Deetjen  
Frau Dr. Bettina Speiser (ab 19:12 Uhr)

#### **Stadtverordnete der FDP-Fraktion:**

Herr Harald Scherer

#### **Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:**

Herr Michael Beltz

#### **Außerdem:**

Herr Michael Janitzki Die Linke.Fraktion  
Herr Johannes Zippel FW-Fraktion (ab 19:25 Uhr bis 20:40 Uhr)

**Vom Magistrat:**

Frau Gerda Weigel-Greilich      Bürgermeisterin  
Herr Thomas Rausch              Stadtrat

**Von der Verwaltung:**

Herr Hans Dettling                      Leiter Stadtplanungsamt      (bis 20:10 Uhr)

**Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Frau Andrea Allamode              Schriftführerin  
Herr Dieter Knoth                  Büroleiter

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1.      Bürger/-innenfragestunde
  
2.      3. Richtlinie zur Änderung der Richtlinien über die Ver-      STV/1564/2008  
         leihung des Umweltpreises der Universitätsstadt Gießen  
         - Antrag des Magistrats vom 13.02.2008 -
  
3.      Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. GI 01/23 "St.      STV/1598/2008  
         Josefs Krankenhaus";  
         **hier:** - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen  
                 aus der 1. und 2. Offenlegung  
                 - Satzungsbeschluss  
         - Antrag des Magistrats vom 11.03.2008 -
  
4.      Abweichungsverfahren zum Regionalplan Mittelhessen      STV/1604/2008  
         2001;  
         **hier:** Vorhaben der Fa. BIEBER + MARBURG GmbH & Co.  
                 KG  
         - Antrag des Magistrats vom 12.03.2008 -
  
5.      Bebauungsplan GI 01/24 "Braugasse";      STV/1612/2008  
         **hier:** Abwägung und Satzungsbeschluss  
         - Antrag des Magistrates vom 26.03.2008 -

- |     |  |               |
|-----|--|---------------|
| 6.  | Landesgartenschau 2014;<br><b>hier:</b> Entscheidung zur Vorbereitung und Durchführung der Landesgartenschau 2014 in Gießen, über den städtischen Zuschuss für Maßnahmen des Durchführungshaushaltes sowie der Mittelbereitstellung für 2008<br>- Antrag des Magistrats vom 03.04.2008 - | STV/1621/2008 |
| 7.  | Umgestaltung der Bahnhofstraße von der Neustadt bis zur Westanlage;<br><b>hier:</b> Projektgenehmigung des Gestaltungsentwurfes<br>- Antrag des Magistrats vom 08.04.2008 -  | STV/1635/2008 |
| 8.  | Umzug des Landratsamtes Gießen<br>- Antrag der FW-Fraktion vom 07.04.2008 -  | STV/1622/2008 |
| 9.  | Freilandversuch mit "Gen-Gerste"<br>- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -   | STV/1649/2008 |
| 10. | Verkehrsversuch in Wieseck<br>- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -   | STV/1651/2008 |
| 11. | Ergänzung Stellplatzsatzung<br>- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.04.2008 -   | STV/1663/2008 |
| 12. | Verschiedenes  |               |

**Abwicklung der Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

**1. Bürger/-innenfragestunde**

---

Es liegen keine Fragen vor.

- |    |  |               |
|----|--|---------------|
| 2. | <b>3. Richtlinie zur Änderung der Richtlinien über die Verleihung des Umweltpreises der Universitätsstadt Gießen</b><br>- Antrag des Magistrats vom 13.02.2008 - | STV/1564/2008 |
|----|--|---------------|
-

**Antrag:**

Die Richtlinie für die Verleihung des Umweltpreises der Universitätsstadt Gießen wird gemäß der Anlage geändert.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

3. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. GI 01/23 "St. STV/1598/2008  
Josefs Krankenhaus";**  
**hier: - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen  
aus der 1. und 2. Offenlegung  
- Satzungsbeschluss  
- Antrag des Magistrats vom 11.03.2008 -**
- 

**Antrag:**

1. Die Anregungen der Trägern öffentlicher Belange zum offen gelegten zweiten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden mit den aus der Anlage 1 hervor gehenden Ergebnissen abgewogen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. GI 01/23 „St. Josefs Krankenhaus“ (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen (Anlage 2).
3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 81 Hess. Bauordnung (HBO) und die wasserrechtliche Satzung gemäß § 42 Abs. 3 Hess. Wassergesetz (HWG) werden als Satzungen beschlossen und gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
4. Die Satzungsbeschlüsse vom 05.07.2007, Vorlagen-Nr. STV 1002/2007 werden aufgehoben.
5. Der Magistrat wird beauftragt, die Satzungsbeschlüsse ortsüblich bekannt zu machen.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

4. **Abweichungsverfahren zum Regionalplan Mittelhessen STV/1604/2008  
2001;**  
**hier: Vorhaben der Fa. BIEBER + MARBURG GmbH & Co.  
KG  
- Antrag des Magistrats vom 12.03.2008 -**
- 

**Antrag:**

1. Dem anliegenden Antrag mit Begründung auf Abweichung vom Regionalplan

Mittelhessen 2001 im Bereich des Steinberger Wegs/Fa. BIEBER + MARBURG zur Erweiterung des Bereiches für Industrie und Gewerbe wird zugestimmt.

2. Die Stadt Gießen unterstützt ausdrücklich das Vorhaben der Fa. BIEBER + MARBURG zur Erweiterung des Betriebsgeländes.

**Beratungsergebnis:**

Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

**5. Bebauungsplan GI 01/24 "Braugasse"; STV/1612/2008  
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss  
- Antrag des Magistrates vom 26.03.2008 -**

---

**Antrag:**

1. Die Anregungen von Seiten der Öffentlichkeit aus der Offenlegung des Planentwurfes GI 01/24 „Braugasse“ gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und den Trägern öffentlicher Belange aus der parallelen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden mit dem aus der Anlage 2 hervor gehenden Ergebnis abgewogen.
2. Der Bebauungsplan GI 01/24 „Braugasse“ (Anlage 3) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird beschlossen.
3. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**6. Landesgartenschau 2014; STV/1621/2008  
hier: Entscheidung zur Vorbereitung und Durchführung  
der Landesgartenschau 2014 in Gießen, über den  
städtischen Zuschuss für Maßnahmen des Durch-  
führungshaushaltes sowie der Mittelbereitstellung für  
2008  
- Antrag des Magistrats vom 03.04.2008 -**

---

**Antrag:**

1. Der Magistrat wird die Vorlage zur Vorbereitung und Durchführung der LGS 2014 in Gießen bei der Fördergesellschaft Landesgartenschauen einreichen und mit dieser einen Durchführungsvertrag abschließen.
2. Zur Vorbereitung des kurzfristig durchzuführenden Wettbewerbes unter

Federführung von Landschaftsarchitekten und Städteplanern, ist eine Bearbeitungs- und Entscheidungsgrundlage, die auf der Machbarkeitsstudie fußt, zu erarbeiten.

Für diese anstehenden vorbereitenden Aufgaben ist die Einrichtung einer eigenen Haushaltsstelle „Landesgartenschau 2014“ erforderlich. Für 2008 sind finanzielle Mittel in Höhe von 100.000 € notwendig. Die entsprechende außerplanmäßige Ausgabe wird genehmigt (s. Anlage).

3. Für die nichtinvestiven Maßnahmen des Durchführungshaushaltes ist ein städtischer Zuschuss von 2.600.000 € vorgesehen, der aus allgemeinen Haushaltsmitteln bereitzustellen ist.
4. Der Magistrat legt einen Gesamtkostenplan bis zum 3. Quartal 2009 vor. Der Kostenplan ist von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Aufgrund zuvor gestellter Fragen der **Stv. Schlotmann**, SPD-Fraktion, erläutert **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** ausführlich die vorliegende Vorlage. Unter anderem merkt sie an, dass sie viel Zustimmung auch von älteren Gießern erfahren habe, die sich an den Hesttag in den 60er Jahren erinnern. Weiter führt sie aus, dass die Stadt Gießen für die im Jahr 2014 stattfindende Landesgartenschau nicht mehr als 20 Millionen Euro an Bruttokosten ausgeben wolle. Der Finanzierungsplan könne aber derzeit noch nicht detailliert dargestellt werden, weil es außer der Machbarkeitsstudie noch keine Planungsgrundlage für die Landesgartenschau gebe. Die Planung müsse erst noch ausgeschrieben, vergeben und dargestellt werden, ehe klar sei, was an Investitionen geleistet werden solle und könne. Sie erklärt, der Magistrat gehe von einer groben Zielmarke von rund 18 Millionen Euro Investitionskosten und einem städtischen Zuschuss zum sogenannten Durchführungshaushalt in Höhe von 2,6 Millionen Euro aus. Die geschätzten Kosten für die eigentliche Schau, die ein halbes Jahr dauern werde, liegen derzeit auf 9 bis 10 Millionen Euro. Es werde mit einer Besuchermenge von 700.000 gerechnet, einem durchschnittlichen Eintrittspreis von 8 Euro und knapp 1 Million Euro an Sponsorengeldern. Den besagten Fehlbedarf von 2,6 Millionen Euro, wolle die Stadt nicht erst im Nachhinein nennen. Die Erfahrungen zeigen, dass nachträglich geführte Diskussionen um ein Minus in der Stadtkasse häufig die eigentlich positiven Wirkungen der Landesgartenschau überlagert hätten.

Zum Thema Bauinvestitionen erläutert **Bürgermeisterin Weigel-Greilich**, dass diese auf die kommenden 6 Jahre verteilt werden sollen, jeweils in Höhe von rund 3 Millionen Euro. Gegenstand dieser Planungen werden auch Projekte wie die Lahnübergänge für Fußgänger und Radler sein, die schon seit vielen Jahren auf den Wunschzetteln der Fraktionen stehen. Sie geht davon aus, dass das Land Hessen diese Einzelmaßnahmen als Teil der Landesgartenschau-Planung mit Vorrang bezuschusst. Als Grundförderung seien bereits 3,3 Millionen Euro von Wiesbaden zugesagt. Gleichwohl räumt sie ein, dass die Stadt einen Spagat vollbringen müsse: „Aufbruchstimmung“ für Gießen und die

Region zu erzeugen, sei der eine Anspruch, der andere bestehe in einer realistischen Finanzierung.

Die Vertreter der SPD-Fraktion, erklären, dass ihnen diese Angaben zu vage seien. Sie wünschen sich schon jetzt klarere Vorstellungen darüber, was alles an Kosten auf die Stadt zukommen könnte.

Diese Ansicht teilen auch die Stv. Beltz und Janitzki, Die Linke-Fraktion, und hierzu stellt **Stv. Beltz** die nachstehenden Fragen, die von Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantwortet werden. Auf Antrag der **Stv. Janzen**, SPD-Fraktion, werden die Antworten wörtlich zu Protokoll genommen.

1. *Welche baulichen Maßnahmen sind in den von der Bürgermeisterin geschätzten Kosten von € 20 Millionen erhalten, z.B. Brücken, Radwege u. ä.?*
2. *Welche Obergrenze der Ausgaben soll gesetzt werden - z.B. 30 Millionen €?*
3. *Bei erwarteten 700.000 Besuchern und Einnahmen von rund 5,6 Millionen müsste unter Einbeziehung verbilligter Eintrittskarten (Gießen-Pass-Inhaber, Schüler, Studenten, Behinderte, Bundeswehrsoldaten usw.) der normale Eintritt mit €10 kalkuliert sein. Ist das so richtig, bzw. liegt eine andere Kalkulation zu Grunde?*
4. *Werden Einnahmen anderer Art durch Vermietung von Flächen erwartet?*
5. *Sollen Sponsoren an Land gezogen werden?*
6. *Welche Fördermittel des Landes für Infrastruktur und Renaturierung können neben den durch Umweltminister Dietzel zugesagten 3,3 Millionen € erwartet werden, in welcher Höhe?*
7. *Besteht die Möglichkeit, weitere Fördermittel zu erhalten?*
8. *Wurden oder werden die bisherigen Ausrichter der Landesgartenschau - Fulda, Hanau, Bad Wildungen, kontaktiert - um Erfahrungen zu nutzen?*
9. *Werden im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Landesgartenschau Arbeitsplätze/vorübergehende Arbeitsplätze geschaffen?*
10. *Welche Positionen fallen unter die nichtinvestiven Maßnahmen, wofür ein Zuschuss von 2,6 Millionen € vorgesehen ist?*

#### **Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich:**

*„Die 20 Millionen, die wir jetzt angesetzt haben, sollen heißen, dass das als realistische Größe angesehen wird, was die Stadt Gießen im Jahr in der Lage ist zu investieren in diesem Bereich. Und es gibt noch keine konkrete Zuweisungen, weil die konkreten Zuweisungen ja erst durch die Ergebnisse des Wettbewerbes und dessen, was wir dann hier auch als Stadtverordnete entscheiden, welche Investitionen dann tatsächlich auch getroffen werden. Insofern ist gleich die 2. Frage damit beantwortet, dass soll im Prinzip auch eine Obergrenze sein, was dann tatsächlich auch von der Stadt investiert wird. Wir können im Moment eben auch keine realistische Einschätzung darüber machen, welche Zuschüsse wir für die einzelnen Projekte bekommen. Da müssen wir uns auch, wie alle anderen Landesgartenschauen bisher auch, auf die ..... (nicht verständlich) dass das Land uns zugesagt, uns bei den Fördertöpfen, die es in den verschiedenen Bereichen gibt, sei es Radwege, Brücken usw., bevorzugt zu*

*behandeln, weil wir eben Landesgartenschau-Stadt sind. Das ist genau wie bei den Hessentagen und deswegen ist das auch nicht realistisch zu beziffern und haben wir uns hier erstmals darauf zurückgezogen, dass wir das auch nicht so machen wollen, weil dann ja auf Summen kommen die nur allgemein, sage ich jetzt mal, .... (nicht verständlich) die Stadtverordneten verwirren. Das wollten wir doch tunlichst vermeiden. Punkt 3 hatte ich ja schon beantwortet. In der Tat ist der normale Durchschnittspreis 10,- € auch in Bad Wildungen gewesen.*

*Punkt 4. Das ist dieser Posten, der mal pauschal jetzt eben aus Erkenntnis von anderen Landesgartenschauen mit der ... (nicht verständlich) Million angesetzt ist. Erhoffe ich mir eigentlich natürlich für Gießen noch mal eine Erhöhung der entsprechenden Einnahmen, wenn man rechtzeitig auch mit dem Werben anfängt. Punkt 6, das habe ich eben gerade auch schon beantwortet, die erwarteten Fördermittel, die kann man eben nicht beziffert, weil es tatsächlich so ist, dass außer den 3,3 Millionen Euro keine konkrete Summe da ist, sondern nur bevorzugte Behandlung in allgemeinen Fördertöpfen. Selbstverständlich wurden und werden die bisherigen Ausrichter der Landesgartenschauen kontaktiert. Sie müssen ja auch wissen, dass sich die Fördergesellschaft auch einen Geschäftsführer bzw. auch noch einen zweiten Hauptamtlichen, die sich kontinuierlich im Wechsel der Landesgartenschauen Hessen/Thüringen widmen und von daher das gesammelte kontinuierliche Wissen auf sich vereinen, was wir an dieser Stelle auch wieder abfragen können. Gleichwohl kontaktieren wir auch alle bisherigen Geschäftsführer der Landesgartenschauen, die sich in den Städten befunden haben, also nicht die, die in der Fördergesellschaft sind. Selbstverständlich gehe ich auch davon aus, dass da vorübergehend Arbeitsplätze entstehen, wenn wir hier das durchführen. Sei es jetzt hier selber in der Stadt, ich denke, dass es auch im touristischen Bereich zusätzliche Arbeitsplätze in diesem Halbjahr geben wird, kann ich Ihnen aber auch keine gesicherten Zahlen geben. Sondern wenn, sind das auch nur geschätzte Zahlen, die sich aus den Erkenntnissen anderer Städte ergeben. Punkt 10: Da sind z. B. Anmietung Hessenhallen, da ist dabei die Blumenschauen, die danach wieder rückgebaut werden müssen. Da sind dabei Kassenhäuschen, Umzäunungen etc., also all die Maßnahmen, die zwar zum Teil auch investiv sind, aber trotzdem wieder zurückgebaut werden müssen. Soweit meine Ausführungen.“*

**Stv. Janzen**, SPD-Fraktion, bittet zudem, dass den Fraktionen der Durchführungsvertrag - sobald er in Textform vorliegt - zur Kenntnis gegeben wird.

**Bürgermeisterin Weigel-Greilich** sagt eine Prüfung zu, ob es zulässig sei, dass die Fraktionen Einsicht in diesen Vertrag nehmen können.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Schlotmann, Beltz, Scherer, Janzen, Walldorf, Bellof, Janitzki, Dr. Deetjen und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Die SPD-Fraktion zeigt Beratungsbedarf zu ihrem Abstimmungsverhalten an und bittet um eine Sitzungsunterbrechung. **Die Sitzung wird von 19:55 Uhr bis 20:05 Uhr unterbrochen.**



**Stv. Bellof**, SPD-Fraktion, erklärt, vor dem Hintergrund der Aussage von Bürgermeisterin Weigel-Greilich, dass erst geprüft werden müsse, ob die Fraktionen Einsicht in den Durchführungsvertrag nehmen können, werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

**Beratungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE).

- 7. Umgestaltung der Bahnhofstraße von der Neustadt bis zur Westanlage; STV/1635/2008**  
**hier: Projektgenehmigung des Gestaltungsentwurfes**  
**- Antrag des Magistrats vom 08.04.2008 -**
- 

**Antrag:**

Dem Ergebnis der Anregungen und Stellungnahmen aus der Bürgerbeteiligung wird beigetreten und auf der Basis der vorliegenden Planung mit Kostenberechnung wird der Umgestaltung der Bahnhofstraße (Neustadt bis Westanlage) zugestimmt.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

- 8. Umzug des Landratsamtes Gießen STV/1622/2008**  
**- Antrag der FW-Fraktion vom 07.04.2008 -**
- 

**Antrag:**

1. Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, über die geführten Gespräche und Verhandlungen mit den Verantwortlichen des Landkreises Gießen über die zukünftige Nutzung der freiwerdenden Flächen nach Auszug des Landratsamtes an der Ostanlage - vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung des Gießener Kreistages - zu berichten.
2. Der Magistrat soll sich intensiv um eine möglichst schnell zu realisierende einvernehmliche Lösung mit dem Kreis Gießen bemühen mit dem Ziel, einen längeren Leerstand der freiwerdenden Gebäude zu verhindern.  
Dabei ist die freiwerdende Fläche auch unter Berücksichtigung der geplanten Gießener Projekte am Berliner Platz (z.B. Kino, Hotel) zu betrachten.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

9. **Freilandversuch mit "Gen-Gerste"**  
**- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -**

STV/1649/2008

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt den durch den breiten Protest der Bevölkerung erzwungenen Abbruch der Sortenprüfung von gentechnisch veränderten Mais in Rauschholzhausen und fordert den Magistrat auf, sich mit der Bitte an die Leitung der Justus-Liebig-Universität zu wenden,

- den diesjährig geplanten Freilandversuch mit gentechnisch veränderter Gerste auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen eindeutig - auch durch entsprechende Mitteilung an die Genehmigungsbehörde - zu beenden und
- auf die Fortsetzung dieses Versuches auch in den kommenden Jahren endgültig durch eine verbindliche öffentliche Erklärung zu verzichten.

**Stv. Janitzki**, Die Linke.Fraktion, begründet ausführlich den vorliegenden Antrag.

**Stv. Zippel**, FW-Fraktion, merkt an, dass vor längerer Zeit verabredet worden sei, dass die Stadtverordnetenversammlung keine Begrüßungsanträge oder Resolutionsanträge mehr debattieren wolle. Er halte den Antrag für überflüssig.

**Stv. Dr. Deetjen**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung 2006 einen Antrag beschlossen habe, der die kommerzielle Nutzung von Gen-Mais ablehne. Einzig einer Sicherheitsforschung über Risiken von unkontrollierbaren Auskreuzungen sei damals zugestimmt worden. Er stellt den damals beschlossenen Antrag - ausgenommen der letzte Absatz - **als Initiativantrag zur Abstimmung:**

*„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen ist sich der Bedeutung der Agrarwissenschaften als Teil des Forschungsschwerpunktes Lebenswissenschaft an der Justus-Liebig-Universität bewusst. Die Stadt will in Kooperation mit der Universität ihren Beitrag dazu leisten, diesen Schwerpunkt weiter auszubauen.*

*Es bestehen jedoch bei einem großen Teil der Bewohnerinnen und Bewohner Gießens Bedenken in Bezug auf Freilandversuche mit genveränderten Pflanzen. Diese Bedenken und Ängste nehmen wir sehr ernst und wollen ihnen Rechnung tragen.*

*Die Sicherheitsforschung oder die Erforschung der Entstehung von Krankheitsmechanismen, z. B. anhand von transgenen Selbstbestäubern wie Gerste sind jedoch wichtige Forschungsziele, die primär der Risikoanalyse dienen. Hier leistet die Gießener Universität einen wichtigen Beitrag zur Sicherheitsforschung.*

*Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich jedoch gegen Freilandversuche außerhalb der Sicherheitsforschung mit gentechnisch veränderten nichtselbstbestäubenden Pflanzen auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen aus. Die Risiken von Auskreuzungen sind derzeit im Verhältnis zu möglichen Vorteilen zu groß und zum Teil unkalkulierbar.*

*Der Magistrat wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass ein Anbau transgener Pflanzen zu kommerziellen Zwecken auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen nicht stattfindet, da dies aufgrund der Nutzen-Risiko-Abschätzung nicht zu rechtfertigen ist.“*

**Beratungsergebnis:**

- Dem Initiativantrag wird einstimmig zugestimmt.
- Der Antrag, STV/1649/2008, wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

**10. Verkehrsversuch in Wieseck STV/1651/2008  
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat wird beauftragt, bei der geplanten Verkehrszählung vor und während des Verkehrsversuchs Martha-Mendel-Weg zusätzlich durch Verkehrszählung festzustellen, ob sich durch eine dauerhafte Sperrung der Brücke am Martha-Mendel-Weg der Verkehr über die Philosophenstraße verringert.

**Sowohl Stadtrat Rausch als auch Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, stellen den Geschäftsordnungsantrag auf Unzulässigkeit gem. § 26 Abs 6 GO (*Anträge, die mit ihrem wesentlichen Inhalt in den letzten zwölf Monaten vor Eingang beim Stadtverordnetenbüro bereits Gegenstand einer Beratung in der Stadtverordnetenversammlung oder in einem Ausschuss waren, sind unzulässig*).

Dem Antrag auf „Unzulässigkeit“ wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: LINKE; StE: SPD).

**11. Ergänzung Stellplatzsatzung STV/1663/2008  
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.04.2008 -**

---

**Antrag:**

Die Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Gießen soll um Abstellplätze für Fahrräder ergänzt werden. Dabei sollen auch Mindeststandards für die Qualität der Abstellplätze formuliert werden.

**Stv. Dr. Speiser**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet kurz den vorliegenden Antrag.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Bellof, Beltz und Dr. Deetjen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

## 12. Verschiedenes

---

- **Stv. Walldorf**, SPD-Fraktion, kritisiert, dass er als Einwohner der Stadt Gießen für die Entsorgung von Grünschnitt Gebühren bezahlen musste, während Landkreis-Bewohner ihren Grünschnitt umsonst in der Lahnstraße abliefern können.
- **Stv. Janitzki**, Die Linke.Fraktion, kritisiert, dass sein Antrag unter TOP 10 - STV/1651/2008 - als unzulässig erklärt worden sei, obwohl ihm als Antragsteller die Begründung des Antrages zugestanden hätte.
- **Stv. Beltz**, Die Linke.Fraktion, führt aus, vor einiger Zeit habe er darauf aufmerksam gemacht, dass die Außenbeleuchtung (blinkende grüne Lichter) eines Geschäftes in der Bismarckstraße/Ecke Ludwigstraße (gegenüber der Liebigsschule) ggf. Autofahrer irritieren könnte. Mittlerweise wurden die blinkenden „grünen“ Lichter gegen „blaue“ Lichter ausgetauscht, auch dieses Licht könne irritieren. Er bittet abermals um Abhilfe.
- **Vorsitzende** weist darauf hin, dass in der HFWR-Sitzung am 28.04.2008 unter TOP 2 ein innerstädtisches Beleuchtungskonzept vorgestellt werde. Hierzu sind die Mitglieder des Bauausschusses eingeladen. Die Sitzung beginnt bereits um 17:30 Uhr.
- Weiter teilt sie mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am Dienstag, **03.06.2008, 19:00 Uhr**, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DIE VORSITZENDE:**

(gez.) K ü s t e r

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) A l l a m o d e